

Rede des/der stellvertretenden Vorsitzenden
für den Fachbereich Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
der CDU-Landtagsfraktion,

Marie-Luise Fasse,

am 22. Oktober 2008

zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

"Konsequenz aus der Finanzkrise: Unabhängige Verbraucherberatung in NRW stärken"

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die globale Finanzkrise ist zur Zeit beherrschendes Thema in Politik und Wirtschaft und berührt verständlicherweise auch die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Beim Wort "Bankenkrise" mag bei manch einem die Vorstellung hervorgerufen werden, es handele sich um eine mögliche Liquiditätskrise der örtlichen Bank oder Sparkasse und es seien die dort auf Sparkonten oder Festgeldkonten eingezahlten Ersparnisse der Bürgerinnen und Bürger in Gefahr. Es ist eine ganz natürliche Folge, dass die Sorge um das Spargeld Beratungsbedarf hervorruft und die



Verbraucherzentralen mit Fragen zur Sicherheit der Ersparnisse vermehrt angesprochen werden.

Diesen Bedarf können die Zentralen nach Presseberichten durch zielgerichteten Einsatz des Personalbestandes auch zeitnah nachkommen.

Allein vermehrte Nachfragen rechtfertigen es jedoch noch nicht, die finanzielle und personelle Ausstattung der Verbraucherzentralen über den bewährten und sicheren Stand von rund 8,8 Millionen Euro hinaus im zukünftigen Landeshaushalt zu erhöhen. Die Verbraucherzentralen können sich auf die Zusage der gleichbleibenden Finanzierung verlassen. Sie haben dadurch auch in personeller Hinsicht Planungssicherheit für die Zukunft.

Wenn man in der Begründung des Antrags liest, dass durch mehr unabhängige Finanzberatung durch Verbraucherzentralen Finanzkrisen wie die aktuelle verhindert würden, so wird in bewährter grüner Manier suggeriert, durch finanzielle Stärkung der Verbraucherzentralen könne die globale Finanzkrise effektiv bekämpft und für die Zukunft ein ähnliches Desaster verhindert werden. Dies ist, mit den Worten des SPD-Finanzexperten Joachim Poß ausgedrückt, eine Forderung, die allenfalls der "Volksverdummung" dient.

Jeder, der sich auch nur oberflächlich mit den Ursachen der gegenwärtigen Finanzkrise beschäftigt, weiß, dass diese Krise ihre Wurzeln in den Vereinigten Staaten hat.

Ursache sind sorglos ohne Tilgungsaussicht vergebene Immobilienkredite und der Verfall der Immobilienpreise. Diese wertlosen Hypothekenforderungen wurden durch Wertpapiere verbrieft und unter den Banken gehandelt.

In den Bankbilanzen führten sie zu Verlusten, so dass Liquidität und Bonität der Banken gefährdet erschienen. Hierzulande haben sich diese Verluste bei der IKB und der WestLB ausgewirkt.

Wegen fehlender Marktwerte dieser Wertpapiere mussten Milliardenbelastungen verbucht werden, für die bekanntermaßen unser Land als Mitbesitzerin der Banken einzustehen hatte.

Die gegenwärtige Krise berührt in erster Linie den Geschäftsverkehr der Banken untereinander. Das Verhältnis zwischen den örtlichen Banken und ihren Kunden, den Verbrauchern, wird kaum tangiert. Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen erweisen sich als ein wesentlicher Stabilisierungsfaktor. So ist es im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, Drs. 14/7681, ausgeführt. Es ist also nicht recht nachvollziehbar, dass im vorliegenden Antrag auf Stärkung der Verbraucherberatung den Banken Vorwürfe im Hinblick auf ihre Beratungstätigkeit gemacht werden. Hier müsste die

antragstellende Fraktion schon dafür sorgen, dass die Linke weiß, was die Rechte tut.

Wie überall im Rechtsleben steht ein falsch beratener Vertragspartner im Schadensfall auch bei Bankgeschäften nicht rechtlos dar. Die Verbraucherzentralen leisten hier effektive Hilfe, wobei längere Wartezeiten keine entscheidende Rolle spielen. Rechtsrat kann im Übrigen bei Rechtsanwälten jederzeit eingeholt werden.

Spareinlagen, Festgelder und Lebensversicherungen sind sicher. Dies wurde seitens der Bundesregierung wiederholt ausgesprochen und hat sicherlich auch den letzten interessierten Verbraucher in NRW erreicht. Finanzielle Entscheidungen im Bezug auf zukünftige, langfristige Kreditaufnahme, Lebensversicherungen oder Altersvorsorge sind nicht so eilbedürftig, dass sofort eine Beratung in der Verbraucherzentrale zwingend geboten wäre. Ich bin im Übrigen davon überzeugt, dass die Geldinstitute vor Ort auch hier durch umfassende Beratung ihren oft langjährigen Kunden eine sichere und verständliche Entscheidungsgrundlage in Finanzangelegenheiten geben.

In Zukunft wird kaum ein interessierter Anleger ohne genaue Aufklärung risikobehaftete Anlageformen wählen. Schäden, die aus früheren Geschäftsabschlüssen auf finanziellem Gebiet bereits

entstanden sind, können durch eine intensive Beratung der Verbraucherzentralen nicht mehr vermieden werden.

Finanzielle Mehrbelastungen können dem Land nicht zugemutet werden.

Das am vergangenen Freitag gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/die Grünen im Bundestag beschlossene Finanzmarktstabilisierungsgesetz belastet auch unser Land in erheblichem Rahmen. Hinzu kommen die Aufwendungen für die bereits von mir dargestellten Verluste bei IKB und WestLB.

Das Abstimmungsverhalten der Grünen bei dieser notwendigen gesetzlichen Regelung wirft jedenfalls die Frage auf, ob sich die Grünen überhaupt ernsthaft um eine Krisenbewältigung bemühen.

Es besteht nach alledem kein aktueller Handlungsbedarf im Sinne des Antrags.

Ich danke Ihnen.